

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **68 (1988)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Ausdehnung des sowjetischen Konflikts mit Afghanistan und Pakistan

Prüfungsaufgabe für Widerstandskämpfer: Wer regieren will, muss Kabul einnehmen

Das Genfer Abkommen vom April dieses Jahres, das die Grundlage für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgibt, hat dem zentralasiatischen Land statt des ersehnten Friedens eine Eskalation des Krieges gebracht. Unter internationalen Beobachtern herrscht Übereinstimmung, dass bis zum 15. Mai dieses Jahres tatsächlich die Hälfte des rund 110 000 Mann starken sowjetischen Truppenkontingents abgezogen worden sein soll, wie zwischen Washington und Moskau vereinbart. Der geplante Abzug der zweiten Hälfte bis zum 15. Februar 1989 schien im Oktober 1988 jedoch in Frage gestellt, obwohl die Sowjets noch im Juni zu verstehen gaben, sie würden den Abzug vielleicht sogar schon früher, also noch vor Februar, vollenden.

Stattdessen kehrten im September sowjetische Kampfverbände in einige der bereits aufgegebenen Stellungen zurück. In der unweit der sowjetischen Grenze gelegenen Stadt Kunduz, die von den Mudjahidin vorübergehend eingenommen worden war, schien das noch verständlich, konnte man doch von den Sowjets kaum erwarten, Nordafghanistan so schnell in die Hände des Widerstands fallen zu lassen, wodurch möglicherweise die Verbindungswege für die aus dem Süden abziehenden Truppen unterbrochen worden wären.

Das sowjetische Oberkommando unterstrich, dass es sich lediglich um eine vorübergehende Rückkehr der Truppen nach Kunduz handle.

Anders sah es mit dem erneuten Einsatz sowjetischer Verbände in Afghanistans zweitgrösster Stadt Qandahar aus, der einstigen Hauptstadt im Süden. Gewiss wäre diese der afghanischen Regierungsarmee entrissen worden, hätten sowjetische Truppen nicht noch einmal rettend eingegriffen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit hätten die Mudjahidin Qandahar dann zum Sitz einer Gegenregierung ausgerufen — das war ja bei der Unterzeichnung des Genfer Abkommens zu erwarten.

In Moskau kann man bei Abschluss des Genfer Abkommens kaum angenommen haben, die Kabuler Regierung werde sich auf die Dauer behaupten können, auf jeden Fall nicht im Süden und Osten des Landes. Da ist einmal der im Stadtgebiet seit längerer Zeit tonangebende Abdul Haqq, der auch wiederholt im Ausland als Verkörperung der «jungen Helden» des Landes vorgestellt wurde. Er vertritt die «Islamische Partei» (*hizb-e islami II*) des rüstigen Mullahs Yunus Kahlis, er ist der einzige Exilpolitiker, der trotz seines hohen Alters persönlich an Kämpfen im Landesinnern teilgenommen hat.

Wichtiger noch ist der einer anderen Partei (*jam'iyat-e islami*) zuzurechnende Ahmad Schah Mas'ud vom Pandj-Shir-Talgebiet. Er ist der Guerilla-Kommandeur mit der stärksten

Gefolgschaft, hat mehr als 150 regionale Führer der Mudjahidin botmässig gemacht (von denen allerdings manche kaum mehr als ein oder zwei Dutzend Partisanen befehligen). Als Vorsitzender eines «Rates der Kommandanten» hat er die beste Aussicht, in einem befreiten Kabul die Regierungsgewalt zu übernehmen. Die in der pakistanischen Provinzhauptstadt Peschawar gebildete Exilregierung von sieben in der «Islamischen Allianz der Mudjahidin Afghanistans» zusammengeschlossenen Parteien tut Mas'ud verächtlich ab, obwohl er — zumindest nominell — selbst einer der darin vertretenen Parteien angehört. Zum Präsidenten der Exilregierung wurde ein in Afghanistan nahezu unbekannter Landsmann aus den USA bestimmt, der ebenfalls Ahmad Schah heisst. Seine wichtigste Qualifikation war wohl, dass er der in Saudi-Arabien beheimateten religiösen Ausrichtung der Wahhabiten angehört, die jedoch in Afghanistan unpopulär ist. Das haben inzwischen auch die Geldgeber in Riad begriffen, die sogar eine Delegation zum Mudjahidin-Kommandeur Mas'ud in das entlegene Talgebiet im Innern Afghanistans entsandten, sich also nicht länger von pakistanischen Mittelsmännern irreführen lassen.

Die Zerstrittenheit der Guerilla-Chefs entsprechend den regionalen und stammesbedingten Gegebenheiten des Landes war bislang eine wirksame Waffe der Mudjahidin, weil es dadurch den Sowjets nicht gelang, dem Widerstand die Spitze zu brechen. Jetzt wirkt sich diese Zerrissenheit eher gegenteilig aus. So hat z.B. Abdul Haqq etwas grosssprecherisch verlauten lassen, Mas'ud könne in seiner Regierung Minister werden, was dieser jedoch spöttelnd zurückwies: «Soll doch

Abdul Haqq versuchen, Kabul allein einzunehmen. Ich verzichte darauf, bei ihm Minister zu werden.»

Mas'ud bestreitet, auf sowjetische Anerbieten, mit ihm einen separaten Waffenstillstand abzuschliessen, eingegangen zu sein. Von seinem nahe dem strategischen Salang-Passtunnel mündenden Pandj-Schir-Tal aus könnte er die wichtige Verbindungslinie zwischen Kabul und der sowjetischen Grenze unterbrechen, tut dies aber nicht, da er den Sowjets keinen Vorwand liefern will, ihren Abzugsbeschluss vollends rückgängig zu machen. Andererseits macht er kein Hehl aus seinen Plänen zur Eroberung der Hauptstadt. Allerdings will er Kabul nicht mit einem Schlag einnehmen, sondern sozusagen stückweise. Vor allem soll erst einmal die Stadt entvölkert werden. Wegen der Zerstörung der umliegenden Gebiete hat sich die Einwohnerzahl Kabuls seit 1978 mehr als verdoppelt. Nun soll die Bevölkerung dazu angehalten werden, wieder aufs Land zurückzukehren oder in den Bergen Zuflucht zu suchen. Mas'ud will über Monate hinweg den Regierungstruppen einen Bezirk nach dem andern entreissen. Vorläufig ist er damit beschäftigt, seine Einflusszone auszuweiten und eine noch grössere Zahl regionaler Partisanenführer seinem Kommando zu unterstellen.

So hatten es sowjetische Beobachter vorausgesehen, die sich in den vergangenen Monaten freimütig zu den geringen Überlebensaussichten der Regierung des von ihnen eingesetzten Dr. Nadjibullah äusserten. Nicht umsonst wurde davon gemunkelt, die Sowjets würden ihr afghanisches Marionettenregime in den Norden des Landes verlegen. Der ist leichter zu verteidigen, da die Sowjets dort die Luftwaffe von

ihrer Seite der Grenze aus zum Einsatz bringen können, ohne auf afghanische Stützpunkte angewiesen zu sein. Das wurde in den letzten Jahren hinreichend erprobt. Ausserdem wurde es nicht zum einen Thema des Genfer Abkommens.

Zudem ist der Norden der wirtschaftlich wichtigere Teil des Landes. Nur ein geringer Prozentsatz der reichen Erdgasvorkommen um Scheberghan wird in Afghanistan selbst verbraucht. Der überwiegende Teil dient der Energieversorgung der Sowjetrepubliken auf der anderen Seite des Grenzflusses Amu Darya (Oxus).

Das Genfer Abkommen — eine wacklige Grundlage

Im September wurde von sowjetischer Seite erklärt, der Truppenabzug werde für mindestens drei Monate unterbrochen, da Pakistan sich nicht an das Abkommen halte, sondern die «Aufständischen» massiv und direkt unterstütze. Die sowjetischen Medien behaupteten wiederholt, pakistanische Armee-Einheiten seien in Afghanistan eingedrungen, um den Mudjahidin zu einem raschen Sieg zu verhelfen. Von Islamabad wurde das bestritten. Zuvor war es zwischen den Aussenministern Schewardnadze und Ya'qub Khan in Moskau zu einem recht undiplomatischen Krach gekommen, für den sich die pakistanische Seite später entschuldigte. Angeblich hatte eine «bedauerliche Fehlinformation» vorgelegen.

Während seines Besuchs in Washington im September drängte der sowjetische Aussenminister Schewardnadze auf eine Zusammenkunft der Unterzeichnerstaaten des Genfer

Abkommens, um Vertragsbrüche durch Pakistan und die USA zu diskutieren. Dazu sah man jedoch im Weissen Haus keine Veranlassung. Die US-Regierung war der Meinung, Probleme seien erst dadurch entstanden, dass Moskau dem Kabuler Regime zu viel Waffenhilfe zukommen lasse, wodurch die USA gezwungen seien, ihre Unterstützung der Mudjahidin fortzusetzen, damit das Kräfteverhältnis sich nicht zugunsten Kabuls verschiebe.

Anfang Oktober wurden die Mudjahidin aber doch von der US-Regierung aufgefordert, sich zurückzuhalten. Zu einem Durchbruch bei den Genfer Afghanistan-Verhandlungen war es im April 1987 schliesslich erst dadurch gekommen, dass Staatssekretär Richard Solomon seinem sowjetischen Partner Primakow fest zusagte, der afghanische Widerstand werde im Zaume gehalten, um den Sowjets einen störfreien Abzug zu ermöglichen. Panikszene wie in Vietnam sollten den Sowjets erspart bleiben. In ihrem anfänglichen Enthusiasmus über die ernstgemeinten Rückzugsabsichten war die Regierung Reagan sogar zu einer energischen Zügelung der Mudjahidin bereit, was diesen nicht verborgen blieb und zu Protesten führte. Damals lag Islamabad noch ganz auf der Linie Washingtons. Das änderte sich erst, als die Afghanistan-Lobby in Washington die Saudis auf den Plan rief. Eine unermüdliche *shuttle policy* des saudischen Botschafters Prinz Bandar — zwischen Washington, Riad und Islamabad — bewirkte ein umsichtigeres Vorgehen der Amerikaner — und vor allem bewog es den pakistanischen Staatschef Ziya ul-Haqq, wieder einmal den Glaubenshelden zu spielen. Dahinter verbargen sich allerdings auch ganz andere Beweggründe, näm-

lich die der «nationalen Sicherheit» — gemäss der Islamabader Kategorisierung.

Das Genfer Abkommen ist zu vage formuliert und wird von den drei Partnern (Sowjetunion, USA, Pakistan) jeweils anders verstanden, oder bewusst unterschiedlich interpretiert. Aus der Sicht Washingtons und Islamabad hatte Moskau einer Aufgabe Kabuls indirekt zugestimmt. Aus der sowjetischen Sicht war das keineswegs so eindeutig.

Pakistans Eigeninteresse an Afghanistan und der Tod Ziya ul-Haqqs

So lange der pakistanische Militärdiktator noch lebte, waren die sowjetischen Vorwürfe halbwegs zu verstehen. Islamabad ging es zuvor darum, eine pakistan-freundliche Regierung in Kabul an die Macht zu bringen. Pakistan hatte seit seiner Gründung im Jahre 1948 immer wieder Schwierigkeiten mit dem Paschtunen-Irredentismus afghanischer Regierungen. Die Paschtunen bilden das Staatsvolk im Vielvölkerstaat Afghanistan, in dem sie 40% (oder mehr) der Gesamtbevölkerung ausmachen. Doch sind die Paschtunen im Nordwesten des benachbarten Pakistan — ebenfalls ein Vielvölkerstaat — zahlreicher als in Afghanistan. Die stärkste Konzentration von Paschtunen findet sich nicht in Kabul, auch nicht in Peschawar, sondern in der Handelsmetropole Karatschi, Pakistans grösster Stadt (rund zwei Millionen Paschtunen unter bald zehn Millionen Einwohnern).

Der Afghanistan-Konflikt bot Islamabad eine goldene Gelegenheit, die Haltung zukünftiger afghanischer Regierungen in seinem Sinn zu bestim-

men. Die «brüderliche» Aufnahme von etwa drei Millionen Flüchtlingen sollte diese der «Islamischen Republik Pakistan» gegenüber verpflichten. In der Vergangenheit war es mehrmals fast zu Kriegen mit Afghanistan gekommen, da Kabul in Pakistans Nordwest-Grenzprovinz Unruhen schürte.

Islamabad zog deshalb einen Mudjahidin-Chef als Zögling heran, der eines Tages als Statthalter Ziya ul-Haqqs die islamische Einheit zwischen Afghanistan und Pakistan sicherstellen sollte, so dass von einem künftigen freien Afghanistan kein Sog mehr auf Pakistans Nordwest-Grenzprovinz ausgeht. Dem seit 1973 im pakistanischen Exil lebenden Islamisten Gulbuddin Hikmatyar sollte nicht nur zum Sieg über die demoralisierten Truppen des Kabuler Regimes, sondern auch über die rivalisierenden Guerilla-Führer verholfen werden. Bemerkenswerterweise hat Ahmad Schah Mas'ud während all der Kriegsjahre nie eine Aufwartung in Pakistan gemacht. Das gilt heute als eine Legitimation besonderer Art und wird in Zukunft sicher hoch ausgespielt werden.

Die «Islamische Partei» (*hizb-e islami I*) des Gulbuddin Hikmatyar hatte kaum jemals wirklich gegen die Sowjets gekämpft und sich vielmehr darauf konzentriert, die Oberhand gegenüber den übrigen Mudjahidin zu gewinnen. Zeitweilig galt sie sogar als der gemeinsame Kandidat von Islamabad und Moskau für die Machtübernahme nach dem Abzug. Als einziger unter den Exilpolitikern stellte Hikmatyar den Sowjets einen Freundschaftsvertrag in Aussicht. Die Sowjets ihrerseits liessen Hikmatyars viel fotografierte Festung Allah Djirga, unmittelbar an der Grenze zu Pakistan, unbehelligt.

Nach Unterzeichnung des Genfer Abkommens unternahmen aber Hikmatyars Kampfverbände alle Anstrengungen, den stärkeren Widerstandsgruppen zuvorzukommen und sich in Afghanistan eine Machtbasis zu verschaffen. Das führte im August/September zu den heftigen Kämpfen um Kunduz, Qandahar und die Kleinstadt Spin Boldak. Alle drei wurden durch sowjetische Flächenbombardements dem Erdboden gleichgemacht. Qandahar war allerdings bereits zuvor schon fast ein Ruinenhaufen. Am sinnlosesten war der Versuch, Kunduz einzunehmen, da hier eine Rückkehr der Sowjets aus strategischen Gründen unausbleiblich war. Kunduz ist jedoch die Heimatstadt Hikmatyars, der anderswo wenig Rückhalt in der Bevölkerung hat. Entgegen anderslautenden Berichten in der Weltpresse griffen die Verbände Ahmad Schah Mas'uds, dessen Einflusszone sich bis Kunduz erstreckt, nicht in die Kämpfe ein. Im Gegenteil, die meisten Kommandeure der anderen Parteien und Widerstandsorganisationen hielten diese Schlacht für einen Wahnsinnsakt, der dem Widerstand nur schaden konnte.

Wegen dieser Niederlagen ist der Stern des ambitiösen Aussenseiters Hikmatyars wohl endgültig im Sinken, und die Sowjets könnten eigentlich zufrieden sein. Islamabad hat zwar nicht alle Karten ausgespielt, doch ist Pakistans potentieller «Mann in Kabul» weitgehend ausgeschaltet.

Nach dem Tod Ziya ul-Haqqs wurde in Pakistan zunächst angenommen, die Konfrontation zwischen Moskau und Islamabad werde nachlassen. Der Präsident hatte offensichtlich den Konflikt gebraucht, um seine diktatorische Herrschaft zu legitimieren, wofür die in weiten Kreisen der Bevölkerung unpo-

puläre «Islamisierung» nicht ausreichte. Daher wird noch immer spekuliert, der ungeklärte Flugzeugabsturz von Bahawalpur im August müsse wohl auf das Konto des KHAD (eines afghanischen KGB-Ablegers) gehen, zumal Ziya ul-Haqq vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow persönlich gewarnt worden war. Amerikanische Verlautbarungen, wonach man alles daran setzen werde, die Untersuchungsergebnisse nicht publik werden zu lassen, um die Entspannungspolitik nicht zu belasten, haben diesen Verdacht nur bestärkt, obwohl sich die Urheber des Anschlags ebensogut unter einer Vielzahl anderer Kräfte vermuten lassen — etwa der in erbitterter Opposition stehenden Schi'iten (15% der Bevölkerung).

Das Afghanistan-Engagement findet in Pakistan keine Mehrheit

Nach dem Flugzeugabsturz General Ziya ul-Haqqs war ein verstärktes Engagement von seiten Islamabads wenig wahrscheinlich. Gewiss war man sich in den USA, und sogar in Saudi-Arabien, bereits seit einigen Jahren darüber im klaren, dass Pakistans Militärdirektor in Afghanistan auf das falsche Pferd gesetzt hatte.

Der Flugzeugabsturz bewirkte zunächst weder ein Nachlassen noch eine Intensivierung der Waffenlieferungen, allenfalls eine wirksamere — und für die Sowjets letztlich unangenehmere — Verteilung. Diese hatte jedoch wenig Aussicht auf Dauerhaftigkeit, einmal wegen der Washingtoner Politik der Entspannung, zum anderen wegen der politischen Umorientierung in Pakistan.

Nach dem Absturz ihres «Priester-Präsidenten» war das Hauptanliegen

der Pakistaner die Abhaltung — oder Verhinderung — der für den 16. November vorgesehenen Wahlen zur Nationalversammlung mit dem von den meisten Beobachtern erwarteten Sieg der von Benazir Bhutto geführten «Pakistanischen Volkspartei» (PPP).

Angesichts eines weitverbreiteten pakistanischen Desinteresses am Engagement in Afghanistan mussten die nicht ablassenden Drohungen aus Moskau erstaunen. Die vorher bereits häufigen Grenzverletzungen durch Kampfflugzeuge Kabuls nahmen noch zu. Beim Abschuss einer dieser Maschinen stellte sich heraus, dass der Pilot Russe war — der prompt den Sowjets übergeben wurde. Die im September bombardierten pakistanischen Dörfer liegen weiter im Landesinnern als das bei früheren Vorfällen dieser Art der Fall war. Ausserdem nahmen auch die Bombenanschläge und die Provozierung ethnischer und religiöser Konflikte in Pakistan zu. Seitens des KHAD gab man sich wenig Mühe, diese Machtentfaltung zu vertuschen. Anfang Oktober kam es zu den blindwütigsten Massakern in diesem seit seiner Entstehung von periodischen schweren Unruhen geplagten Staat.

Zur gleichen Zeit verlegten sich die Sowjets auf eine neue Propagandatak- tik. Hatten sie früher die Erfolge der Mudjahidin verschwiegen und eine Nachrichtensperre über Afghanistan verhängt, verbreiteten sie nun übertriebene Schilderungen der Raketenbeschüsse Kabuls und anderer Städte, blähten die zahlenmässige Stärke der Guerilla auf und fabulierten über deren Bewaffnung. Dank der Begeisterung über *Glasnost* bezog ein beachtlicher Teil der Weltpresse Afghanistan-Nachrichten aus sowjetischen Quellen. Auf diese Weise gelang es auch, Greuel-

taten der Islamisten um Hikmatyar propagandistisch auszuschlachten und ein undifferenziert negatives Bild des gesamten Widerstands zu verbreiten. Gemäss dieser Darstellung wird den kriegsmüden Sowjets der Truppenabzug unmöglich gemacht, und die von der marodierenden Guerilla enttäuschte Bevölkerung geht mehr und mehr auf die Regierungsseite über, was eine erneute Verpflichtung Moskaus zum Schutze Kabuls beinhaltet.

Ein Wahlsieg von Benazir Bhutto hätte wahrscheinlich eine etwas neutralere Afghanistan-Politik Islamabads zur Folge; denn starke pro-sowjetische Elemente unter den Partei-Aktivisten drängen von Anfang an auf Anerkennung des Kabuler Regimes. Die früher virulent gegen die Mudjahidin eingestellte Frau Bhutto hätte grosse Mühe, ihre neue, auf amerikanisches Wohllollen abzielende Mässigung in ihrer Partei durchzusetzen. Sie kann anderseits auch nicht die Militärs verstimmen und eine völlige Umkehr der bisherigen Afghanistan-Politik von heute auf morgen betreiben.

Für Moskau sind die Aussichten nicht schlecht

Die Moskauer Herausforderung Islamabads durch die neue harte Linie in Afghanistan, durch Grenzverletzungen und Drohungen, durch Terroranschläge und das Entfachen von Unruhen in Pakistan soll offenbar die durch den Absturz der gesamten Militärspitze (zehn Generäle) desorientierte pakistanische Armee davon abbringen, die Mudjahidin weiter zu unterstützen. Pakistanische Reaktionsmuster lassen jedoch eher eine erneute Machtübernahme der Militärs erwarten. Damit

wäre den Sowjets der Vorwand geliefert, ihre Präsenz zumindest in einigen Gebieten Afghanistans aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise hätte Moskau wieder einmal Zeit gewonnen, dem Kabuler Regime eine Machtbasis zu verschaffen. Diese soll auf den Zehntausenden afghanischer Jugendlicher gründen, die seit Jahren in der Sowjetunion herangezogen und instruiert werden.

Mit der schnellen Übernahme Afghanistans durch die Mudjahidin ist nicht zu rechnen, mindestens ein Drit-

tel des Landes im Norden wird auch noch nach Februar 1989 unter indirekter Kontrolle Moskaus bleiben. Dramatisch wird sich allerdings die Auseinandersetzung um Kabul gestalten. Obwohl die Stützen des kommunistischen Regimes selbst noch unter Beschuss der Mudjahidin-Raketen einander bekämpfen, sind die Sowjets offensichtlich nicht bereit, die Marionettenregierung noch vor dem 15. Februar in besser abgesicherte Gefilde zu verlegen.

Khalid Duràn

Friedensinstrument UNO

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Das Komitee zur Verleihung des Nobel-Preises, das in der Wahl seiner Preisträger nicht immer eine glückliche Hand hatte, konnte gewiss nicht fehlen, als es beschloss, mit der diesjährigen Auszeichnung die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens anzuerkennen. Zu dem Zeitpunkt, als UNO-Beobachter an die Grenzen des Konflikts zwischen dem Irak und dem Iran ausgesandt wurden, war es nur eine Selbstverständlichkeit, diese prekäre Friedenshoffnung zu unterstützen und auch den seit Beginn des Jahres vom Generalsekretär der Vereinten Nationen geleisteten Einsatz im Interesse der Einstellung der Feindseligkeiten zu rühmen. Es war auch eine Gelegenheit, an die seit drei Jahrzehnten von den Blauhelmen der UNO erbrachten Dienste und Opfer in verschiedenen Regionen der Welt zu erinnern, wo sie mit ihrer Präsenz zur Aufrechterhal-

tung der brüchigen Waffenruhe beitragen und die durch Konfliktsituationen erzeugten Spannungen mildern.

Im Lauf der letzten Jahre wurde die Rolle der UNO in der westlichen Meinung derart verunglimpft, dass es nur von Gutem ist, wenn ihr durch diesen Preis neues Prestige verliehen wird. Die Prinzipien der Charta wurden nie angefochten. Indem die Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens belohnt werden, ehrt das Nobelpreiskomitee auch diejenige Institution, die in der Weltpolitik Werte wie Frieden, Entwicklung und Einhaltung der Menschenrechte symbolisiert.

Noch vor wenigen Monaten schien es schwierig, auf die Zukunft der Vereinten Nationen zu setzen. Doch seit kurzem ist die UNO in eine glücklichere Phase getreten. Im April rückte das Abkommen über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan

die Rolle des seit 1982 amtierenden Vermittlers der Vereinten Nationen in den Vordergrund. Einige Wochen später beschloss der Iran, die Entschliesung 598 des Sicherheitsrates zu akzeptieren und einen Waffenstillstand im Golfkrieg zu verlangen, womit die vom Generalsekretär seit mehreren Monaten verfolgten Anstrengungen belohnt wurden. Dank dem durch die Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik erzeugten neuen internationalen Klima wird die UNO vielleicht ebenfalls zur Beilegung der Konflikte in Kambodscha, Namibien und Angola beitragen können. Möglicherweise kann der Generalsekretär demnächst weitere diplomatische Erfolge verzeichnen, insbesondere durch das Mitwirken bei der Lösung der Zypernfrage oder der Probleme in der Westsahara.

Begrenzte Erfolge

So stand die Eröffnung der 43. Generalversammlung unter günstigem Vorzeichen. Die Vereinigten Staaten boten der Finanzkrise der Organisation Einhalt, indem sie noch ausstehende Beiträge zahlten. Die Sowjetregierung verkündet *urbi et orbi*, dass sie inskünftig die von der Charta vorgesehene Wiederaufwertung des höchsten UNO-Ausschusses (Comité d'étatmajor) begrüsst; dass sie künftig die Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens unterstützen wird und dass sie im Rahmen der UNO bei der Lösung der Probleme der Weltwirtschaft mitzuwirken gedenkt. Die Sowjets sind auch der Meinung, dass die Arbeitsprozeduren in den wichtigsten Organen der Vereinten Nationen revidiert werden müssen und dass das Umweltprogramm einer Neubelebung

bedarf. Angesichts dieser Tatsachen mochte das Erscheinen eines Buches über die «Krise der Vereinten Nationen»¹ seltsam, wenn nicht paradox anmuten.

In Tat und Wahrheit haben die Vereinten Nationen als Organisations-system keinen Anlass zur Freude. Indem die UNO kürzlich der UdSSR und dem Iran Gelegenheit gab, ihr Gesicht zu wahren, bleibt sie in der Rolle eines Hilfsakteurs in der internationalen Politik, wie bei zahlreichen früheren Gelegenheiten auch. Dieser Erfolg kann das durch die Jahre des Kampfes in Afghanistan und am Golf erzeugte Malaise nicht zerstreuen, nachdem die Vereinten Nationen unfähig waren, auch nur den geringsten Einfluss auf die Entwicklung dieser Kriege auszuüben. Ganz allgemein übt der Sicherheitsrat und insbesondere die Generalversammlung einen unbedeutenden Einfluss auf die Lösung — und insbesondere auf die Verhütung — internationaler Konflikte aus. Zudem ist die Tatkraft der Vereinten Nationen in Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geradezu lächerlich gering, selbst wenn der Grossteil der Ressourcen diesem Projekt gewidmet ist. Heute ist evident, dass sich die entscheidende multilaterale Zusammenarbeit, welche die Entwicklung der internationalen Beziehungen beeinflusst, am Rande der Vereinten Nationen abspielt.

Die administrative und strukturelle Reform ist an einem toten Punkt angelangt, wo doch ihre Dringlichkeit seit mehreren Jahren erwiesen ist. Leider war der Generalsekretär nicht in der Lage, dieser Reform einen wirklichen Aufschwung zu verleihen, obwohl die Finanzkrise dazu eine historische Chance bot. Pérez de Cuéllar hat sie

nicht ergriffen. Anstatt allgemeine Budgetkürzungen vorzunehmen, hätte er auf die finanziellen Imperative weisen können, um dadurch die sterile Vermehrung von Organismen in den Griff zu bekommen, die separat die gleichen Ziele verfolgen, um unnütze Programme aufzuheben und die Bedeutung der wichtigen Programme zu unterstreichen.

Ausbleibende Reformen

In der Tat beweisen die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte wie auch die jüngsten Ereignisse, dass die Institutionen des Systems der Vereinten Nationen sich nicht von innen heraus erneuern. Die UNESCO darf als weiteres Beispiel dieser Realität gelten. Die Aufsplitterung der Programme in zahlreiche kleine Projekte ohne wirkliche Finanzierung entspricht einer bürokratischen internen Dynamik dieser Organismen und nicht den Bedürfnissen. Die Reformen sind um so schwieriger anzugehen, als die Staaten sich nicht wirklich dafür interessieren, denn sie benützen andere Instanzen, um ihre Ziele einer multilateralen Zusammenarbeit zu verwirklichen. Folglich ist es oft unmöglich, auf die Regierungen zu zählen, um die sich aufdrängenden Umstellungen zu fördern und diejenigen Organisationen umzugestalten oder aufzuheben, deren Programme obsolet oder bedeutungslos geworden sind.

Die Prinzipien der Vereinten Nationen sind gut, aber die UNO und die meisten spezialisierten Institutionen des Systems sind den politischen und wirtschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen. Um die Prinzipien zu retten, müssen die Strukturen der Verein-

Soldaten für den Frieden

Vor einigen Tagen ist der Friedens-Nobelpreis 1988 ein wenig überraschend den sogenannten «Blauhelmen» der Vereinten Nationen zuerkannt worden. Damit wurde die friedensstiftende Arbeit der UN-Truppen in den zurückliegenden vier Jahrzehnten gewürdigt. Aber auch aus anderen Gründen werden die Erfolge der Weltorganisation in diesem Jahr gefeiert. Auslöser des Stimmungswandels waren zwei Ereignisse, die mit Hilfe der Vereinten Nationen zustande kamen: die Unterzeichnung der Afghanistan-Verträge im April 1988 in Genf sowie die Waffenruhe vom 20. August 1988 im Golf-Krieg zwischen Irak und Iran. Für beide Konflikte setzen die Vereinten Nationen ihr Instrumentarium der friedlichen Streitbeilegung ein.

Im Falle Afghanistans überwachen 50 Militärbeobachter aus zehn Staaten den Rückzug der sowjetischen Truppen. An der über 1200 Kilometer langen Grenze zwischen Iran und Irak bilden 350 Militärbeobachter aus 26 Staaten einen Puffer, um ein Wiederaufleben der militärischen Aggression vor Ort zu verhindern. Neben den beiden neuen Operationen stehen insgesamt fast 10000 Blauhelme mit ähnlichen Aufgaben in Südlibanon, auf den Golan-Höhen, in Zypern und anderen potentiellen Krisenherden. Weitere Einsätze sind im Gespräch: 2700 UN-Soldaten für die West-Sahara, 7600 UN-Soldaten für Namibia, evetuell eine Truppe in Kambodscha und vielleicht sogar eine Einheit in Nicaragua.

Peter Bardehle in «Europa-Archiv»,
25. Oktober 1988

ten Nationen reformiert werden. Die Neuorientierung der sowjetischen Politik gibt jenen, die für diese Reform kämpfen, eine neue Chance. Letztere müsste tief sein und wäre das Resultat einer langwierigen Anstrengung. Sie sollte darauf abzielen, aus der UNO ein «Zentrum zu schaffen, wo die Anstren-

gungen der Nationen zusammenwirken», um die gemeinsame Sicherheit, Entwicklung, die Beachtung des internationalen Rechts und auch die Schonung der Umwelt anzustreben.

Das konkrete Ziel dieser Reform wäre natürlich, den Vereinten Nationen bei der Verhandlung dieser Weltprobleme eine entscheidende Rolle zuzuweisen. Aber man kann das Resultat der Verhandlungen nicht von den Strukturen und Prozeduren trennen. Die internationale Zusammenarbeit umfasst nicht nur die Verhandlung des Konfliktgegenstandes, sondern auch die Bereitstellung von Instrumenten, die die Ausführung gemeinsamer Projekte ermöglichen. Man muss eben den Vereinten Nationen auch die angemessenen Mittel zur Wahrnehmung der ihnen anzuvertrauenden Funktionen zur Verfügung stellen.

Die Reform bedingt insbesondere eine Rückkehr zur ursprünglichen Konzeption der UNO, die sich im Symbol der «vier Polizisten» von Roosevelt ausdrückte. Wenn die Mächte — einschliesslich derjenigen der Dritten Welt — gemeinsam beschliessen würden, ihre internationale Verantwortung wahrzunehmen, indem sie das Prinzip der «kollektiven Sicherheit» neu bewerten, dann könnte die UNO, namentlich ihr Generalsekretär, mit einem Mandat ausgestattet werden, das sich als wirksam erweisen würde zur Verhütung und Lösung regionaler Konflikte, wenn nicht gar der zivilen und ethnischen Unruhen, welche die Schutzmächte zur Intervention aufrufen.

Noch ist es jedoch zu früh, um die Hoffnung auf eine solche Erneuerung vorwegzunehmen. Die Organisation wurde gegründet, um klassische Konfrontationen zwischen den Staaten zu

regeln, während die internationale Gesellschaft oft von den Folgen interner Konflikte bedroht ist, welche dem eigentlichen Mandat der Vereinten Nationen entgegen. Zudem haben die Grossmächte zu lange die Gewohnheit angenommen, auf bilateralem Weg oder in beschränktem Kreis — also ausserhalb der UNO — die Lösung der politischen Krisen oder die Fragen der Rüstung auszuhandeln.

Die sowjetischen Vorschläge tendieren dazu, den Vereinten Nationen mehr Verantwortung zuzuweisen in der Erstellung von Bedingungen, welche die internationale wirtschaftliche Sicherheit begünstigen sollen. Aber auch auf diesem Gebiet wird es nicht leicht sein, die UNO in das Zentrum der Verhandlungen und weltwirtschaftlichen Entscheidungen zu stellen, während die OECD-Länder ihr eigenes institutionelles Kooperationsnetz haben.

Vielleicht könnte die Zuständigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Umweltproblematik rasch eine Wiederaufwertung erfahren. Die Umweltfragen sind derart beunruhigend, dass sich möglicherweise die Grossmächte dazu entschliessen können, den Vereinten Nationen neue Verantwortungsbereiche zuzuteilen, indem sie vor allem die Möglichkeiten der UNEP verstärken.

Die «Funktionalisten» unter den Theoretikern, welche die Gründer der Vereinten Nationen stark inspiriert haben, dachten, dass Funktionen Organe schaffen und dass sich die internationale Zusammenarbeit auf dieser pragmatischen Grundlage aufbauen liesse. Ihre Perspektive hat sich als richtig erwiesen, mit dem Unterschied, dass sich diese funktionelle Zusammenarbeit am Rande der Ver-

einten Nationen verwirklicht hat, und vor allem, indem sie Projekte von wesentlich politischer Natur verfolgten. Heute wird durch den Zerfall der grossen ideologischen Konfrontationen der Nachkriegszeit diesen funktionalistischen Konzepten eine neue Aktualität verliehen. Man muss jedoch diesem Projekt eine gewisse politische Ausrichtung zurückgeben, indem man diese internationale Zusammenarbeit auf einigen Prinzipien mit universeller Geltung aufbaut. In diesem Fall könn-

ten die Vereinten Nationen wieder eine Rolle spielen. Allerdings wäre erforderlich, dass ihnen die Grossmächte ein dauerhaftes Interesse entgegenbringen, die nötigen strukturellen Reformen vornehmen und ihrem Sekretariat die Instrumente des Handelns und die zur Ausübung ihrer Autorität notwendige Unabhängigkeit zurückgeben.

Pierre de Senarclens

¹ Pierre de Senarclens «La crise des Nations Unies», Paris 1988.

Grundlagen der schweizerdeutschen Mundartforschung

Zwei neue Bände des Schweizerdeutschen Wörterbuchs und des Sprachatlasses der deutschen Schweiz

In vielen Sparten der Wissenschaft lösen sich heute Fragestellungen und Methoden im Zeitraum von Jahren ab. In den sprachwissenschaftlichen Bereichen, von denen hier die Rede ist, gilt das Gebot der Konstanz und ein Zeittakt von Jahrzehnten. So sehr sich der 1987 erschienene 14. Band des *Wörterbuchs der schweizerdeutschen Sprache*, besser bekannt unter dem Untertitel *Schweizerisches Idiotikon* (Huber Verlag, Frauenfeld) im einzelnen vom 1. Band von 1881 unterscheidet, im Anliegen und in der Anlage hat das Werk sein unverwechselbares Gesicht über Forschergenerationen hinweg bewahrt. Noch geschlossener präsentiert sich das sprachgeographische Parallelwerk des *Sprachatlasses der deutschen Schweiz* [SDS] (Francke Verlag, Bern), dessen erster Band 1962 erschienen ist. Hier stehen noch zwei Bände bis zum Abschluss aus, beim

Idiotikon, dessen neuester Band mit dem Stichwort *Twirgi* (steil ansteigender, gewundener, schmaler Fusspfad in den Alpen, auch dessen Umgebung) schliesst, noch drei, wobei die Planung, in welcher Weise man nach der Jahrhundertwende die Ergänzungen zu den bisherigen Bänden anlegen will, bereits eingesetzt hat.

Worin die Bedeutung dieser Grundlagenwerke liegt und was ihre stete, verantwortungsbewusste Förderung durch die öffentliche Hand rechtfertigt, sei hier an einigen Beispielen aus den beiden neuen Bänden gezeigt.

Von Trauben, Reben und dem Wümmet

Wottsch na en Truube? — «einen Trauben», sagte man bei uns am Zürichsee früher allgemein; *e Truube*,

«eine Traube» heisst heute wohl meistens, was da verlockend im Fruchtkorb liegt. Karte 168 im 6. Band des SDS zeigt, dass in Zürich und Winterthur bereits anfangs der 40er Jahre, als dort die Befragungen durchgeführt wurden, die jüngere Form *e Truube* genannt wurde. Vor allem aber zeigt sie, dass in der deutschen Schweiz bis heute zwei Haupttypen des Worts verbreitet sind. In den westlichen schweizerdeutschen Mundarten *Triübel*, in den östlichen Gegenden *Truube*. Der Gegensatz zwischen den beiden Worttypen ist keine südalemannische Besonderheit; die Grenze zwischen *Triübel* und *Truube* setzt sich in den oberdeutschen Mundarten nördlich der Landesgrenze fort.

Sprachgeographische Karten zeigen die Verteilung bestimmter Erscheinungen zu einer bestimmten Zeit im Raum. Wo sich im Zeitpunkt der Erhebungen Wandlungen abzeichnen (in unserem Fall z.B. im Wechsel des grammatischen Geschlechts), lassen oft Varianten erkennen, in welcher Richtung die Entwicklung läuft, aber grundsätzlich ist ein Sprachatlas synchron ausgerichtet: er arbeitet mit dem Mittel der Momentaufnahme.

Wer das Leben der erfassten Mundarten in ihrer *geschichtlichen* Entwicklung verfolgen will, braucht andere Hilfsmittel — in unserem Fall das Schweizerdeutsche Wörterbuch oder «Idiotikon», das nicht nur die heute üblichen oder wenigstens noch bekannten Wörter, sondern auch ihre früheren Varianten und Konkurrenten anführt, und zwar eingebettet in die Wendungen und Sätze, in denen sie in den Quellen erscheinen. So stösst man beispielsweise auf einen Satz des Zürcher Chronisten Gerold Edlibach, wonach man «uf frittag nach sant Mar-

gretten tag [also am 15. Juli] riff truben, die desselben jars gewa[ch]sen warend, [zu] Zürich uff der brugen [auf der Brücke]» feilgehalten habe. Auch die verschiedenen Fassungen der Zürcher Bibel sind ausgewertet. In der ältesten Übersetzung des Propheten Jesaia liest man: «Min geliebter fründ hat ein räbgarten . . . und wartet demnach, das er im truben brächte, do bracht er dörn.»

Reiche Quellen sind auch Rechtsbestimmungen, aus denen man beiläufig allerhand für unser Empfinden merkwürdige Einblicke ins Denken und Trachten anderer Zeiten erhält: Wer sich bei Tag von den Trauben in eines anderen *wingartten* verlocken liess, hatte ein Pfund Busse zu bezahlen; wurde er bei Nacht erwischt, hatte er 10 Pfund zu entrichten (so in einer Offnung aus Güttingen im Thurgau). Und im aargauischen Thalheim wurde verfügt, dass man den Hunden in der Zeit der reifen Trauben *Brügel oder Bängel anhäncken* müsse oder sie anzubinden habe. Auch Angaben über den Winzerlohn finden sich da: Nach einem Schaffhauser Ratsprotokoll stehen einem Helfer bei der Weinlese *6 heller und 6 truben* zu.

Legt man an dieser Stelle das Idiotikon wieder zur Seite und greift nach dem Sprachatlas — mit beiden Händen, denn beides sind gewichtige Bücher, der Atlas auch ein sperriges —, so findet man im Kartenwerk beispielsweise darüber Auskunft, welche Wörter sich in den Dialekten für die Weinlese finden. Seine Wortkarten gehen gewöhnlich von der Sache oder den Vorgängen aus. Karte 170 «Trauben lesen» etwa zeigt, dass im Schaffhausischen neben dem Wort *wümme* (in der Stadt, in Lohn und in Ramsen) der Typus *herbschte* gilt, dessen Verbreitungsgebiet sich dem Rhein entlang ins

Fricktal, ins Baselbiet und ins Schwarzbubenland erstreckt. *Wüme*, *wime*, *wimle* und ähnliche Varianten gelten in den östlichen Mundarten und im Deutschwallis, während in den westlichen Dialekten bald *lääse*, bald *ablääse* erscheinen, aufgegliedert durch ein Band mit *gwinne*, das sich vom Luzernischen ins Solothurnische zieht. Wer den einen und andern Dialekt etwas im Ohr hat und sich auf solche Karten einzulassen beginnt, staunt immer wieder von neuem über die vielfältige, bald kleinräumige, bald grossflächigere Gliederung unserer Sprachlandschaft.

Ein Kunstwerk der Darstellung

Die dialektologische Forschungsrichtung der Sprachgeographie hat vor gut hundert Jahren mit den Arbeiten am deutschen Sprachatlas, der das ganze Sprachgebiet erfasste, begonnen und ist durch schweizerische Forscher (zunächst vor allem durch Romanisten) massgeblich mit- und ausgestaltet worden. Der SDS gilt heute international als ein methodisch wegleitender Regionalatlas und ist für zahlreiche ähnliche Werke zum Vorbild geworden. Das Unternehmen ist in den 30er Jahren von den Universitäten Zürich und Bern aus begründet worden und ist aufs engste mit dem Namen des 1976 verstorbenen Zürcher Germanisten Rudolf Hotzenköcherle verbunden. Die Leitung liegt seither bei Rudolf Trüb, der bei den Feldarbeiten 1939–1954 als einer der drei Hauptexploratoren an der Materialsammlung mitwirkte und in der Folge neben seiner Arbeit als Redaktor am *Idiotikon* auch an der Erarbeitung der Karten massgeblich mitwirkte. Wer einmal in die Werkstatt des Atlases hat Einblick nehmen kön-

nen, weiss, wieviel anspruchsvollste Auswertungs-, Deutungs- und Darstellungsarbeit da in engster Zusammenarbeit in einer kleinen Forschungsgruppe geleistet wird. Es ist eine Arbeit, die so nur möglich ist aus engster Vertrautheit mit dem Gegenstand und aus einer eigentlichen Liebe zur Sache heraus. Entscheidendes zum Gelingen trägt auch der Grafiker bei; nach dem Tod von Erwin Zimmerli aus St. Gallen hat dessen Sohn Urs Zimmerli diese subtile Arbeit übernommen.

Die Daten für den SDS sind an 573 Orten in der deutschen Schweiz und in den angrenzenden Walsersiedlungen in Oberitalien und im Tessin erhoben worden. Sorgfältig ausgewählte Gewährsleute haben in tagelangen Interviews das umfangreiche Fragebuch beantwortet. Ihre Angaben sind in einer streng phonetischen Schreibweise festgehalten und werden für die Karten in Symbole umgesetzt, gelegentlich auch in Formen- und Wortlisten, wo sich vom Material her eine detaillierte Wiedergabe aufdrängt. Gedacht ist das Werk als Dokumentation, aus der jeder Benutzer seine eigenen Schlüsse zieht. In zahlreichen Monographien sind denn auch in den letzten Jahrzehnten Darstellungen einzelner Probleme, Sachbereiche oder ausgewählter Sprachlandschaften entstanden. Für sie haben die Redaktoren uneigennützig vorgearbeitet, indem sie die Karten so gestaltet haben, dass die Deutung sich oft wie von selbst ergibt. Wer sich umfassender in die Zusammenhänge einarbeiten will und einen Überblick sucht, kann nach der Gesamtschau greifen, die Rudolf Hotzenköcherle in seinen letzten Schaffensjahren ausgearbeitet hat («Die Sprachlandschaften der deutschen Schweiz», Sauerländer Verlag, Aarau).

Diesem Buch sind zahlreiche Karten des SDS in vereinfachter Form beigegeben, die es auch dem weniger spezialisierten Benutzer erlauben, die grösseren Zusammenhänge zu erfassen. Auch eine *akustische Dokumentation* ist mit dem Sprachatlas verbunden: Das Phonogrammarchiv der Universität Zürich hat eine Reihe von 16 Platten, zumeist mit Gewährsleuten des Atlases, herausgebracht, die eine unmittelbare Begegnung mit dem lebendigen Wort, das im Atlas analytisch erfasst ist, ermöglichen. Zum Beispiel enthält die Platte 8 eine ausführliche Schilderung der Arbeiten im Rebberg im Dialekt von Wil bei Etzgen AG.

Das Idiotikon als Hilfsmittel und Fundgrube der Historiker

Auch beim Schweizerdeutschen Wörterbuch hat man das Bedürfnis früh erkannt, dem Laien in leicht fasslicher Form Einblick in die neu aufgearbeiteten Materialien zu geben. In den Jahresberichten der Redaktion und im Mitteilungsblatt des «Bundes Schwyzertütsch» finden sich nach Erscheinen der einzelnen Lieferungen jeweils Kostproben aus der Fülle des im Wörterbuch selbst in dichten Spalten ausgebreiteten Reichtums. In erster Linie aber ist das Idiotikon heute ein unersetzliches Hilfsmittel für Historiker aller Richtungen, die sich mit deutschschweizerischen Quellen aus den letzten 6 Jahrhunderten beschäftigen. Ob sie nun von rechtlichen, wirtschaftlichen, volkskundlichen, orts- oder namenkundlichen, literarischen oder im engeren Sinn sprachgeschichtlichen Fragen ausgehen: Wer immer sich mit Geschriebenem und Gedrucktem aus

unserer Vergangenheit beschäftigt (auch in lateinischen Urkunden treten häufig deutsche Wörter auf), stiesse ohne diese aufs feinste durchstrukturierten Beiträge über einzelne Wörter rasch an eine unüberwindliche Grenze. Freilich ist es nicht immer ganz einfach, zu finden, was man sucht, da man zur Einordnung der verschiedensten Varianten ein und desselben Worts ein spezielles Anordnungssystem hat schaffen müssen. Wie in den letzten Bänden findet sich aber auch im neuen ein strengalphabetisches Register, das in den meisten Fällen weiterhilft — im Notfall stellt auch die Redaktion ihre guten Dienste zur Verfügung, vor allem wenn die Fragen noch unpubliziertes Material betreffen.

Auf der Grundlage des Idiotikons beruhen auch die verschiedenen regionalen Wörterbücher «für Schule und Haus», wie es im Titel des Zürichdeutschen Wörterbuchs heisst, das 1948 die Reihe dieser Veröffentlichungen des Bundes Schwyzertütsch eröffnete — und seither zweimal wieder aufgelegt worden ist.

Wer sich eingehender mit den schweizerdeutschen Dialekten in ihrer räumlichen Vielfalt und ihrer geschichtlichen Dimension beschäftigt, weiss sich den beiden Grundlagenwerken zu einem tiefen Dank verpflichtet. In erster Linie gilt dieser den Bearbeitern, die sich in unermüdlicher, zuverlässiger und selbstkritischer Weise diesen Aufgaben verschrieben haben. Er gilt aber auch den leitenden Gremien, welche für Stellen, Räume und Publikationskredite sorgen. Beide Werke werden heute zu einem grossen Teil vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung getragen; aber auch die Kantone, vor allem der Standortkanton

Zürich, tragen regelmässig das Ihre dazu bei.

Die Mittel sind gut angelegt. So, wie man heute noch die ersten Bände des Idiotikons vollgültig benutzen kann, wird man in aller Zukunft das geistige und kulturelle Erbe, das in unseren Dialekten lebt, in diesen Werken umfassend dokumentiert zugänglich haben. Die Forschungsgeschichte der letzten Jahrzehnte zeigt auch, wie die

Fragen, die an dieses Material gestellt werden, durchaus wechseln können, wie neue Methoden entwickelt werden, die die Fakten in ein anderes Licht rücken. Auf diese Weise bildet die Kontinuität, in der es dem Benutzer erschlossen wird, den Boden einer Dynamik, ohne die auch die sprachwissenschaftliche Forschung stehenbleiben würde.

Rudolf Schwarzenbach

Die ATAG-Gruppe

**Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung
Wirtschaftsinformation**



ATAG

Allgemeine Treuhand AG



MITGLIED VON ARTHUR YOUNG INTERNATIONAL